Nummer 586

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter Handelsteil: Walther Funk. Politischer Teil: Dr. Richard Jügler Kunst u. Wissenschaft: Franz Köppen. Lokales und Sport: Gerhart Rentner, sämtlich in Berlin

Verantwortlich: Für den Inseratenteil: I. V. A. Lorey, Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung. Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Abendausgabe . 20 Pfennig. 76. Jahrgang Dienstag, 16. Dezember 1930

Verständigung?

Schöne Reden in Paris.

Gestern wurde an der Pariser Universität das germanistische Institut offiziell seiner Bestimmung übergeben. Es fand eine glänzende Eröffnungsfeier statt, an der der Rektor der Pariser Universität und der deutsche Botschafter teilnahmen. Zahlreiche Ansprachen wurden gehalten, in denen zum Ausdruck kam, das Institut habe den Zweck, ein tieferes Verstehen der deutschen Psyche und der deutschen Kultur in weitere Volkskreise hineinzutragen. Es werde durch einen lebendigen Meinungsaustausch mit den führenden Geistern Deutschlands und durch Fühlungnahme mit den leitenden deutschen Volksschichten das gegenseitige Verständnis zu fördern suchen. Als Leiter der Veranstaltung war Poincaré ausersehen, der aber durch seine schwere Krankheit verhindert war, zu kommen. Es wurde aber die Niederschrift der Rede verlesen, die er halten wollte. In ihr behauptet Poincaré, die intellektuellen Beziehungen und der geistige Austausch zwischen beiden Völkern seien seit der ersten Berührung zwischen Galliern und Germanen niemals abgerissen, und gerade in der Nachkriegszeit habe die französische Kultur vieles von der deutschen Kultur übernommen. Poincaré ist der Ansicht, daß das bessere Verstehen der geistigen Struktur anderer Völker und besonders des deutschen dem Franzosen die Augen nicht nur für die Vorzüge öffne, sondern auch eine bessere Einsicht in die ihnen eigene Psyche verschaffen werde. So werde man zu einer „Entente réfléchie" Deutschlands und Frankreichs und über beide später zu einer Gemeinsamkeit ihrer Kultur gelangen.

Das klingt alles sehr schön, und wir würden die Bedeutung einer deutsch-französischen geistigen Verständigung nicht unterschätzen, wenn sie auf der Grundlage der Gleichberechtigung stände. Was nützt dem deutschen Volk der geistige Austausch mit Frankreich auf den Gebieten der Wissenschaft, wenn in der Welt der rauhen Tatsachen Frankreich wirtschaftlich und politisch sein ganzes Dichten und Trachten auf Aufrechterhaltung der Mauern von Versailles richtet, innerhalb deren das deutsche Volk nie zu Licht und Luft gelangen kann? Gerade in der Welt der Geister muß Freiheit in vollem Umfang herrschen, und wir vermögen von dem geistigen Austausch zwischen dem Kerkermeister und dem Eingekerkerten nicht viel Ersprießliches zu erwarten — wenigstens nichts für die deutsche Nation.

Poincaré schrieb seine Rede unter den Schatten einer beginnenden schweren Krankheit. Welche Gedanken und Absichten mögen ihn bewegt haben, als er eine deutsch-französische „Entente réfléchie" als erstrebenswert bezeichnete? Hatte er das Empfinden, an der Pforte des Todes zu stehen, indem er für ein Traumgebilde eintreten vorgab, das in krassestem, unerhört grotesken Gegensatz zu seiner ganzen Arbeit stand, zu der von ihm mit bewirkten Entfesselung des Weltkrieges, zu seiner Nachkriegspolitik, deren ganze Grausamkeit Deutschland gegenüber vielleicht erst spätere Geschlechter voll zu ersaffen vermögen?

Bedenkliche Verschlimmerung im Befinden Poincarés.

Halbseitige Lähmung; drei Aerzte in der Nacht am Krankenlager.

Paris, 16. Dezember.

Nach den letzten Nachrichten soll das Befinden Poincarés zu der größten Beunruhigung Anlaß geben. „Petit Parisien" will mitteilen können, Poincaré habe eine halbseitige Lähmung erlitten. Der Zustand Poincarés sei so besorgniserregend, daß man das Schlimmste befürchtet.

Nach weiteren Mitteilungen bestätigt es sich, daß der frühere Ministerpräsident gestern abend einen Schlaganfall erlitten hat, wodurch er auf der einen Seite gelähmt worden ist. Die Aerzte befürchten das Hinzutreten einer Harnvergiftung (Urämie).

Der Krankenbericht über das Befinden Poincarés, der heute um 8 Uhr ausgegeben wurde, besagt lediglich, daß vor zweieinhalb Tagen mit einer wesentlichen Aenderung im Befinden des ehemaligen Präsidenten der Republik nicht zu rechnen ist.

Nachdem der Hausarzt gestern abend Poincaré eine Stunde lang untersucht und jede Auskunft verweigert hatte, wurde er erneut gegen 22 Uhr zu dem Patienten gerufen, dessen Zustand sich verschlechtert hatte. Der Arzt hielt es für ratsam, noch einen Spezialisten vom Hospital de la Salpetrière hinzuzuziehen, der wenige Augenblicke später in der Wohnung Poincarés eintraf. Als dieser Arzt das Krankenlager verließ, lehnte auch er jegliche Aeußerung über das Befinden des Patienten ab und berief sich dabei auf das Berufsgeheimnis. Ein weiterer Arzt erschien dann in den Nachtstunden und blieb mit dem Hausarzt die ganze Nacht am Krankenlager des Patienten.

Ueber das Befinden Poincarés sind in den Morgenstunden des Dienstag die widersprechendsten Gerüchte verbreitet. Während die einen behaupten, Poincaré liege bereits in den letzten Zügen, wollen andere wissen, daß sein Zustand unverändert sei.

Die Pariser Börse zeigte sich infolge der Verschlimmerung, die im Befinden des ehemaligen Ministerpräsidenten eingetreten ist, am Dienstagvormittag lustlos und schwach.

Der Mißtrauensantrag gegen Severing.

Erregte Filmdebatte im Preußischen Landtag.

Das Verhalten der preußischen Regierung in der Angelegenheit des Remarqueschen Hetzfilms, insonderheit die offene Parteinahme des Ministerpräsidenten Braun und des Innenministers Severing gegen die Entscheidung der Filmoberprüfstelle, bildete heute mittag den Gegenstand einer sehr erregten Debatte im preußischen Landtag. Ueberfüllte Tribünen zeigten die Anteilnahme des Publikums, jedoch erwies sich die starke Absperrung des Landtagsgebäudes und der Zugangstraßen mit Polizei als überflüssig. Die Regierungsbank war zu Beginn der Sitzung leer. Weder der Ministerpräsident Braun noch der Minister Severing, gegen die sich die zur Beratung stehenden deutschnationalen Mißtrauensanträge richten, hatten es für nötig befunden, auf ihren ordentlichen Plätzen zu erscheinen. Herr Severing hielt sich unten im Saale in den Bankreihen der sozialdemokratischen Abgeordneten auf und bekundete damit ostentativ seine Geringschätzung für die gegen ihn erhobenen Anklagen.

Als erster Redner kennzeichnete der Deutschnationale Schwecht zunächst den Remarque-Film als eine unerhörte Beschimpfung des deutschen Volkes und ein die deutsche Ehre absichtlich befudelnds Schandwerk. Dann wandte er sich gegen Braun, Severing und Grzesinski, die sich sogar mit der amerikanischen Fassung des Hetzfilms einverstanden erklärt hätten. Der Kampf um den Remarque-Film habe gezeigt, daß auch hier wieder zwei Weltanschauungen aufeinanderprallen: Reichsbannergeist und Stahlhelmgeist. Auch der Volksparteiler Schröder mißbilligte scharf das Verhalten der preußischen Regierung, die sich an der Reichsregierung ein Vorbild hätte nehmen können. Die Vertreter der Wirtschaftspartei und des Landvolks stimmten ebenfalls den deutschnationalen Mißtrauensanträgen zu. Die Linke versuchte vergeblich durch läppische Zwischenrufe und wüste Schimpfreden eine schlechte Sache durch schlechtes Benehmen zu verteidigen: Sehr bezeichnend war die Haltung des Zentrums, das sich an der Debatte überhaupt nicht beteiligte. Es hätte wohl entsprechend der jedermann bekannten Einstellung des Reichskanzlers Brüning den Film und infolgedessen auch, wenn es ehrlich gewesen wäre, das Vorgehen der preußischen Regierung ablehnen müssen. Dem stand jedoch die gemeinsame Verflechtung im Reich der preußischen Koalitionsinteressen entgegen und so hat sich denn das Zentrum wieder einmal aus nicht sehr ehrenvollen Motiven vor einer Stellungnahme in einer Frage von nationaler Bedeutung gedrückt.

Da jedem Redner nur zehn Minuten Redezeit zugebilligt war, konnte die Aussprache über die Mißtrauensanträge schon gegen 14 Uhr zu Ende geführt werden. Die Abstimmung wurde auf Freitag verschoben. Das Haus trat dann in die erste Lesung des Etats für 1931 ein, den der Finanzminister Höpker-Aschoff mit einer längeren Rede einbrachte. Den Bericht über die Rede im Morgenblatt.

Der Verlauf der Sitzung.

In Erledigung der Tagesordnung überweist der Preußische Landtag zunächst debattelos Anträge der Deutschnationalen, des Zentrums und der Wirtschaftspartei zu den Hochwasserschäden im Gebiet des Rheins an den Hauptausschuß. Es folgt die Beratung des **deutschnationalen Mißtrauensantrages gegen Braun und Severing.**

Abg. Schwecht (Dn.)

Namens meiner politischen Freunde stelle ich ausdrücklich fest, daß weder der Ministerpräsident noch der preußische Innenminister es für notwendig gehalten haben, zu dieser Debatte hier im Hause zu erscheinen. (Lebh. Hört! hört! rechts; — Rufe links: Severing sitzt ja auf seinem Abgeordnetenplatz.) Dabei handelt es sich bei dem Film „Im Westen nichts Neues" um eine unerhörte Beschimpfung des deutschen Volkes. Die Demonstrationen am Nollendorfplatz gegen diesen Film waren berechtigt. Alle national Denkenden in Deutschland haben sich über diese Demonstrationen außerordentlich gefreut. Wir sehen darin eine Kundgebung des Deutschtums gegen ein Schandwerk, das die deutsche Ehre befudelt. (Zustimmung rechts; — anhaltende, lärmende Unterbrechungen links.) Der erste Skandal war das Buch Remarques. **Herr Remarque hat an diesem Buch so viel verdient, daß er sich den Titel eines Freiherrn v. Buchwald kaufen konnte** (hört! hört! rechts), nachdem er vorher sich zu unrecht das Eiserne Kreuz 1. Klasse angehängt hatte. (Erneutes Hört! hört! rechts.) Der zweite Skandal war, daß Herr **Lemmle** den heldenhaften Kampf des deutschen Volkes im Weltkriege zum Gegenstand eines amerikanischen Geschäftes glaubte machen zu können. (Pfuirufe b. d. Natl.) Wie er dabei verfahren ist, ergibt sich aus der amerikanischen Fassung des Filmes, in der der Soldat Kasinski sagt: „Schmutzig und widerwärtig ist es, für sein Vaterland zu sterben!" (Stürm. Pfuirufe rechts.) Dieser Soldat Kasinski, der den Typus eines deutschen Soldaten darstellen soll, hat außerdem die Physiognomie eines Verbrechers. (Erneute Pfuirufe rechts; — Lärm und Zurufe links.) Vielleicht finden Sie (nach links) gewisse Aehnlichkeit in dieser Darstellung. (Präsident Bartels rügt diese Ausdrucksweise.) Weiter unterhält man sich in diesem Film darüber, was man wohl zuerst tun werde, wenn der Krieg aus ist und die Soldaten nach Hause kommen. Einer der deutschen Soldaten antwortet da: „Erst saufen wir, dann wollen wir Weiber haben!" (Stürm. Pfuirufe rechts).

Obwohl somit dieser Film das Deutschtum beschimpft und daher mit Recht verboten wurde, schützen die Herren Braun, Severing und Grzesinski das Machwerk mit dem Gummiknüppel. Sie denken nicht einmal daran, in welchen Gewissenskonflikt so mancher Schutzpolizei kommen muß, der dieses Schandwerk schützen soll, das seine eigene Ehre befudelt. (Sehr wahr! rechts).

Nach einem demokratischen Blatt hat der Ministerpräsident Braun erklärt, nach seiner festen Ueberzeugung und voreingenommen könne er erklären, daß dieser Film sich nicht gegen das deutsche Volk richte.

Herr Severing hat nicht einmal an der amerikanischen Fassung etwas auszusetzen gehabt, in der der Satz vorkommt, daß es schmutzig und widerwärtig sei, für sein Vaterland zu sterben. Allerdings hat dieser Satz vieles gemeinsam mit dem anderen Satz: „Ich kenne kein Vaterland, das Deutschland heißt!" Es ergibt sich eben, daß bei diesem Film zwei Weltanschauungen aufeinanderprallen: Reichsbannergeist und Stahlhelmgeist. Dem modernen pazifistischen Geist des neuen Preußen stellen wir den wahren deutschen Geist eines Friedrichs des Großen gegenüber. Das Preußen der Korruption, des Pazifismus und der Religionsfeindlichkeit, in dem der Gotteslästerer freigesprochen werden konnte, wollen wir beseitigen und aufrichten das Preußen der Ordnung und der Vaterlandsfreude. (Beifall b. d. Dnat. — Zischen und Lachen links.)

Abg. Kuttner (Soz.)

protestierte im Namen des Bundes der deutschen Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten dagegen, daß man den Frontsoldaten vorschreiben wolle, wie der Krieg darzustellen ist. (Unruhe rechts.) Wir können es vollkommen verstehen, daß Dr. Goebbels eine arge Wut auf den Remarque-Film hat. Dieser Film zeige, wie die deutschen Primaner und Sekundaner im Felde kämpften in derselben Zeit, in der Herr Goebbels als siebzehnjähriger daheimblieb und vier Jahre während des Krieges die Bänke der Schulen und Universitäten drückte. Das verletzte Minderwertigkeitsgefühl des Heimkriegers Goebbels tobe sich nun aus in Strafsenbenennstrationen gegen die Frontsoldaten. Wirkliche Hetzfilme gegen Deutschland habe Hugenberg in seiner Ufa übernommen und nach gewissen Aenderungen in Deutschland gezeigt. Die ganze Hetze gegen den Remarque-Film sei nur der Kampf Hugenbergs gegen seine Konkurrenz. Die Sozialdemokraten danken den preußischen Ministern für ihre Haltung und sprächen ihnen ihr Vertrauen aus. (Beifall links. — Gegenkundgebungen und Gelächter rechts.)

Abg. Kasper (Komm.)

betonte, der Protest gegen den Remarque-Film entspringe der Wut der Heimkrieger und Etappenschweine darüber, daß dieser Film wenigstens einen Abglanz der Wahrheit des Krieges zeige. (Die Deutschnationalen verlassen den Saal.) Die preußische Regierung sei aber in Wahrheit im Bunde mit den Faschisten und ihr gelte der Kampf der Kommunisten.

Abg. Anschke (Staatspartei)

erklärt, er halte den Film sowohl in der ursprünglichen Fassung im Ausland, als auch in der deutschen Fassung gesehen. Wer behauptet, hier werde die deutsche Niederlage dargestellt, befinde sich im Widerspruch zu den Tatsachen. Bei der Uraufführung, so betont der Redner, war niemand empört.

Abg. Schröder (Dvp.)

erklärt im Namen seiner Fraktion, daß es außerordentlich bedauernswert sei, daß die Zulassung des Remarque-Films überhaupt möglich gewesen ist. Er persönlich könne aus seinen Erlebnissen als Frontsoldat nur das Urteil bestätigen, daß der Film geeignet, das Fronterlebnis herabzusetzen und in gewissem Grade auch zu beschmutzen (stürm. Zurufe von links: Sie haben wohl den Krieg aus Bilderbüchern kennengelernt).

Es ist nicht Aufgabe der preußischen Regierung über einen Richterspruch der Oberprüfstelle ein: Zensur zu fällen. Wir bedauern, daß der preußische Ministerpräsident, in der Weise, wie er es getan hat, Stellung genommen hat. Er hatte das nicht nötig und hätte sich das Verhalten der Reichsregierung zum Vorbild nehmen sollen. (Lebhafter Beifall rechts).

Abg. Hestermann (W.-P.)

stimmt dem Verbot des Filmes und dem Mißtrauensantrage zu. Wir können uns, so betont der Redner, nicht mit dem Gedanken befreunden, daß man einen ausländischen, antideutschen Film in anderer Fassung in Deutschland zeigen können soll, nur des Geschäftes willen. Wir halten das Fronterlebnis für viel zu groß, als daß man es wagen darf, es zu befudeln.

Wenn das Reichswehrministerium einen Film ablehnt wegen Gefährdung des Wehrwillens, wo wäre es dann in der Welt sonst möglich, daß gewisse Parteien sich noch für ihn einsetzen?

Gerade in einer Zeit, wo in Polen das Deutschtum unterdrückt und in Genf Deutschlands Rechtsanspruch auf Entwaffnung sabotiert wird, hat sich leider auch ein großer Teil der deutschen Presse gegen diejenigen gewandt, die die Angriffe auf Deutschlands Ehre abwehren wollten. Heutzutage stellen wir abermals ein Messen mit zweierlei Maß fest, denn den Stahlhelmfilm hat schon die erste Instanz verbieten wollen.

Abg. Keller (Landvolk)

erwähnt außer dem Film „Im Westen nichts Neues" noch einige andere Filmerzeugnisse der letzten Zeit. Gegen diese ausländischen Produkte müsse man Front machen. Er stimmt für seine Freunde dem Mißtrauensantrag zu.

Damit schloß die Aussprache. Die Abstimmung findet am Freitag statt. Es folgt die erste Lesung des Haushaltsplanes für 1931.

Englisches Manifest gegen den Polenterror.

51 Parlamentarier an Drummond und Henderson.

London, 15. Dezember.

Auf Veranlassung der „Vereinigung für demokratische Kontrolle" haben 51 englische Parlamentsmitglieder eine an den Generalsekretär des Völkerbundes Sir Eric Drummond gerichtete Petition sowie eine Erklärung an den Außenminister Henderson unterzeichnet. Beide Dokumente befassen sich mit der Behandlung der Minderheiten in Polen. In der Petition wird auf die jüngsten Ereignisse in Ostgalizien hingewiesen, wo Strafexpeditionen in 700 ukrainische Dörfer geschickt worden seien, obwohl gegen die Mehrzahl der Ansiedlungen keine Beschuldigung terroristischer oder verfassungswidriger Handlungen vorlagen. Diese Verletzung der Minderheitenverträge zusammen mit den Verletzungen der den Minderheiten gewährleisteten kulturellen, erzieherischen und staatsbürgerlichen Rechte bildeten die Grundlage der Beschwerde an den Völkerbund. Bei den Strafexpeditionen seien

Hunderte von Männern, Frauen und Kindern gepeitscht

worden, einige davon so schwer, daß sie auf Wochen bettlägerig waren. Andere seien für ihr Leben ruiniert und wieder andere getötet worden. Tausende seien ins Gefängnis geworfen und viele Bibliotheken, Klubs und Konsumgenossenschaftsläden geplündert und zerstört worden. Während der letzten Wahlen habe man die ukrainischen Bürger durch Terrorakte an der Ausübung ihres Wahlrechts verhindert.

In der Erklärung an Henderson protestieren die Unterhausmitglieder gegen die undemokratischen Methoden der polnischen Regierung bei den kürzlichen Wahlen für den polnischen Reichstag und den schlesischen Landtag. Verhaftungen sozialistischer und anderer Oppositionsmitglieder hätten

die Wahlen zu einer Farce gemacht und der Regierung eine falsche Mehrheit gegeben,

mittels derer sie in der Lage sein werde, die Verfassung so zu ändern, daß das Volk seiner Rechte beraubt und eine Regierung auf diktatorischer Basis ermöglicht werde. Der Außenminister wird aufgefordert, seinen Einfluß auf diplomatischem und anderem Wege zugunsten einer demokratischen Regierung in Polen und der unverzüglichen Freilassung der politischen Gefangenen geltend zu machen. Nach Aufzählung der von den Polen gegen die ukrainische Minderheit verübten Grausamkeiten geht das Dokument auch

auf die Terrorakte ein, die an der deutsch-polnischen Grenze verübt worden sind.

Auch hierbei handele es sich um eine Angelegenheit, an der die britische Regierung als Unterzeichnerin der Minderheitenverträge, durch die die Rechte der deutschen Minderheit gewährleistet seien, interessiert sei. Der Außenminister wird aufgefordert, zu erwägen, inwieweit diese Unstimmigkeiten auf das Versagen der betreffenden Minderheitenverträge zurückzuführen seien. Ferner möge er jeder deutschen Eingabe seine Aufmerksamkeit und Unterstützung angedeihen lassen. Schließlich wird er aufgefordert, beide Parteien zu veranlassen, ihre Streitigkeiten einer Schlichtungskommission, wie sie die Locarnoverträge vorsähen, zu unterbreiten.

*

Die englische „Vereinigung für demokratische Kontrolle" ist im Auslande reichlich unbekannt, und offenbar hat sie auf die Politik selbst des Labour-Kabinetts keinen praktischen Einfluß, wie Englands Gegnerschaft gegen die Einrichtung einer ständigen Minderheitenkommission in Genf und seine Winkelzüge in der Abrüstungsfrage zur Genüge bewiesen haben dürften. Auch mögen dahingestellt bleiben, inwieweit bei dieser Kundgebung zugunsten der Minderheiten international-sozialistische Gedankengänge eine Rolle gespielt haben. Man wird sich beschaiden — leider — hüten müssen, die Kundgebung der 51 Parlamentarier als einen spontanen Protest und als den Ausdruck einer allgemeinen englischen Verstimmung gegenüber Polen anzusehen. Sympathien und Antipathien spielen in England auch heute noch gegenüber reinen Zweckmäßigkeitserwägungen eine ganz untergeordnete Rolle. Weil er es für zweckmäßig hielt und England damit in gutes Geschäft in Vorderasien machte, hat sich Lord Cecil nicht gescheut, alle seine schönen Abrüstungsgrundsätze von ehedem in Genf öffentlich zu widerrufen. Aus Zweckmäßigkeitsgründen steht England heute wieder auf Frankreichs und damit auch auf Polens Seite, und es würde ein schwerer Fehler sein, wollte man in Deutschland angesichts solcher Kundgebungen wie der vorliegenden sich in dem Vertrauen wiegen, daß das nichtfranzösische Ausland uns um der gerechten Sache willen zur Seite stehen werde. So erfreulich es an und für sich ist, daß durch das Manifest der Einundfünfzig weitere Kreise der englischen Oeffentlichkeit auf die polnische, ganz Europa drohende Gefahr hingewiesen werden, so wenig darf uns das an der Tatsache irre machen, daß nur wir selbst uns helfen können, daß wir nur nach Ueberwindung der antinationalen Mächte im Innern wieder eine Machtposition erringen können, die uns vor Uebergriffen unerwünschter Fremdgäste schützt.

Englische Kritik am Völkerbund.

London, 15. Dezember.

„Manchester Guardian" veröffentlicht ein eingehendes Schreiben des Arbeiterparlamentsmitgliedes Malone über das Minderheitenproblem. Darin spricht Malone sein